

EVG - Urteile (Auswahl) BSV-Liste Februar-August 2007
ATSG/AHV/IV/EO/EL/Familienzulagen

1. Teil: Titel der Urteile (mit Links zu den Regesten)

ATSG. Nichteintreten auf ein Wiedererwägungsgesuch

Urteil des EVG vom 20. September 2006 (I 61/04)

[Regeste](#)

ATSG. Aufschiebende Wirkung (Einsprache)

Urteil des EVG vom 26. Oktober 2006 (I 540/06)

[Regeste](#)

ATSG und OR. Schutzwürdiges Interesse an der Anfechtung eines Entscheides; Anfechtung des anfänglich festgesetzten Invaliditätsgrades bei einer Rentenumwandlung und fehlende Verbindlichkeit eines Zivilurteils über die Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens einer versicherten Person für die Sozialversicherungswerke

Urteil des EVG vom 23. Januar 2006 (I 29/05)

[Regeste](#)

ATSG und IVG. Nachfristansetzung zur Verbesserung der nicht rechtsgenügenden Beschwerdebeurteilung

Urteil des EVG vom 8. November 2006 i. Sa. M. (I 711/06)

[Regeste](#)

AHVG. Beitragspflicht eines nichterwerbstätigen Versicherten, dessen Ehegatte im Ausland erwerbstätig ist

Urteil des EVG vom 9. Mai 2007 i. Sa. K (H 114/05)

[Regeste](#)

AHVG. Beitragsrechtliche Qualifikation von Zuwendungen des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Urteil des EVG vom 2. Mai 2007 i. Sa. B (H 151/05)

[Regeste](#)

AHVG. Beitragsbefreiung von Leistungen im Rahmen einer Vorruhestandsregelung

Urteil des EVG vom 25. Januar 2007 i. Sa. H. (H 121/06)

[Regeste](#)

AHVG. Beiträge der Selbständigerwerbenden, periodenübergreifende Verlustverrechnung

Urteil des EVG vom 28. Dezember 2006 i. Sa. E. (H 162/05)

[Regeste](#)

IVG. Gemischte Methode

Urteil des EVG vom 17. Januar 2006 i. Sa. S. (I 735/04)

[Regeste](#)

IVG. Erwerb der schweizerischen Staatsangehörigkeit, Anspruch auf Hilfsmittel

Urteil des EVG vom 26. Oktober 2006 (I 142/04)

[Regeste](#)

IVG. Anspruch (Grundsatz)

Urteil des EVG vom 11. August 2006 (I 601/05)

[Regeste](#)

IVG. Abgabe von Hilfsmitteln

Urteil des EVG vom 17. Oktober 2006 (I 539/06)

[Regeste](#)

2. Teil: Regeste der Urteile (mit Links zu den EVG-Urteilen)

Art. 49 Abs. 1, Art. 51, Art. 52 Abs. 1 und Art. 53 Abs. 2 ATSG: Nichteintreten auf ein Wiedererwägungsgesuch

Urteil des EVG vom 20. September 2006 (I 61/04)

Das Nichteintreten auf ein Wiedererwägungsgesuch ist nicht durch Einsprache anfechtbar. (Erw. 4)

[Wortlaut des Urteils](#)

Art. 52 ATSG und Art. 11 ATSV: Aufschiebende Wirkung (Einsprache)

Urteil des EVG vom 26. Oktober 2006 (I 540/06)

Besitz der Beschwerdeführer eine Immobilie, wird davon ausgegangen, dass er über ausreichende Mittel verfügt, um die Auswirkungen des Entscheides über die Aufhebung der Rente zu verkraften. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ist folglich nicht angezeigt.

[Wortlaut des Urteils](#)

Art. 59 ATSG: schutzwürdiges Interesse an der Anfechtung eines Entscheids

Eine versicherte Person hat ein schutzwürdiges Interesse an der Anfechtung eines Entscheids, mit welchem die Invalidenversicherung die Rente der betreffenden Person kürzt, selbst wenn anzunehmen ist, dass diese Kürzung vermutlich durch die Erhöhung der Leistungen einer anderen Sozialversicherung kompensiert wird, welche zuvor wegen Überentschädigung gekürzt worden waren. (Erw. 2)

Art. 28 Abs. 1 IVG Bst. f der Schlussbestimmungen der Änderung vom 21. März 2003 (4. IVG-Revision): Umwandlung einer ganzen Rente in eine Dreiviertelsrente nach dem Inkrafttreten der 4. IVG-Revision; Anfechtung des anfänglich festgesetzten Invaliditätsgrades

Eine versicherte Person, deren ganze Rente nach dem Inkrafttreten der 4. IVG-Revision auf eine Dreiviertelsrente gekürzt worden ist, kann den im ursprünglichen Rentenentscheid festgelegten Invaliditätsgrad von 66 2/3 % oder mehr – jedoch nicht über 70 % – anfechten.

Die Bedingungen für die Revision (Art. 17 ATSG), die prozessuale Revision (Art. 53 Abs. 1 ATSG) und die Wiedererwägung (Art. 52 Abs. 2 ATSG) können nicht geltend gemacht werden. (Erw. 3)

Art. 46 Abs. 1 OR; Art. 72 Abs. 1 ATSG: fehlende Verbindlichkeit eines Zivilurteils über die Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens einer versicherten Person für die Sozialversicherungswerke

Ein Zivilurteil über die Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens eines Unfallopfers ist für die Sozialversicherungswerke nicht bindend, weder was die Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit der versicherten Person noch was die Höhe ihrer künftigen Leistungen betrifft, welche das Zivilgericht vom Schaden, der dem haftpflichtigen Dritten angelastet wird, abzieht. Vor allem stellt dieser Abzug kein Hindernis für eine Revision des Leistungsanspruchs im Falle einer Änderung der Umstände oder einer Gesetzesänderung dar. (Erw. 4.2)

Urteil des EVG vom 23. Januar 2006 (I 29/05)

[Wortlaut des Urteils](#)

Art. 61 lit. b ATSG: Nachfristansetzung zur Verbesserung der nicht rechtsgenügenden Beschwerdebeurteilung

Urteil des EVG vom 8. November 2006 i. Sa. M. (I 711/06)

Die Fristansetzung zur Verbesserung der Beschwerde hat allgemein immer dann zu erfolgen, wenn die Beschwerde den in Art. 61 lit. b ATSG genannten gesetzlichen Anforderungen nicht genügt. Die Ansetzung einer Nachfrist darf nur im Falle eines offensichtlichen Rechtsmissbrauchs unterbleiben. Ein solcher wird beispielsweise bejaht, wenn eine rechtskundige Person bewusst eine mangelhafte Rechtsschrift einreicht, um damit eine zusätzliche Begründungsfrist zu erwirken.

[Wortlaut des Urteils](#)

Art. 3 Abs. 1 und 3 AHVG: Beitragspflicht eines nichterwerbstätigen Versicherten, dessen Ehegatte im Ausland erwerbstätig ist

Urteil des EVG vom 9. Mai 2007 i. Sa. K (H 114/05)

Bei einem aus Deutschland stammenden Ehegatten, der in seinem Heimatland erwerbstätig ist und in der Schweiz keine Beiträge bezahlt, fällt eine Anrechnung der Beitragsleistungen gemäss Art. 3 Abs. 3 lit. a AHVG ausser Betracht. Daran ändert auch die Berücksichtigung der anwendbaren internationalen Bestimmungen nichts. (Erw. 3 und 4)

[Wortlaut des Urteils](#)

Art. 6 Abs. 2 lit g AHVV; Art. 4 Abs. 1, Art. 5 Abs. 5 zweiter Satz sowie Art. 10 Abs. 1, 2 und 3 AHVG: Beitragsrechtliche Qualifikation von Zuwendungen des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Urteil des EVG vom 2. Mai 2007 i. Sa. B (H 151/05)

Die den Forschern ausgerichteten Zuwendungen des Schweizerischen Nationalfonds stellen, ob sie nun als Stipendien oder Forschungsbeiträge bezeichnet werden und darin ein persönlicher Beitrag an den Lebensunterhalt mitenthalten ist oder nicht, kein beitragspflichtiges Erwerbseinkommen dar. (Erw. 2-4)

[Wortlaut des Urteils](#)

Art. 5 Abs. 2 und 4 AHVG; Art. 8^{ter} Abs. 1 lit. c und d AHVV: Beitragsbefreiung von Leistungen im Rahmen einer Vorruhestandsregelung

Urteil des EVG vom 25. Januar 2007 i. Sa. H. (H 121/06)

Die Beitragsbefreiung von Leistungen im Rahmen einer Vorruhestandsregelung des Arbeitgebers nach Art. 8ter Abs. 1 lit. c AHVV setzt nicht voraus, dass der Arbeitnehmer freiwillig vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheidet. (Erw. 8.1 und 8.2)

Rz 2102.2 und 2102.3 WML sind verordnungswidrig. (Erw. 8.3)

Eine beitragsrechtliche Privilegierung von Zahlungen an Arbeitnehmer, deren Stelle im Sinne von Art. 8^{ter} Abs. 1 lit. d AHVV infolge Betriebsschliessung/Zusammenlegung im Rahmen eines Sozialplanes aufgehoben wird, im Vergleich zu Leistungen an Arbeitnehmer, deren Stelle aufgrund betrieblicher Restrukturierungsmassnahmen und ebenfalls im Rahmen eines Sozialplanes wegfällt, entbehrt einer sachlichen Grundlage. (Erw. 8.4)

[Wortlaut des Urteils](#)

Art. 9 Abs. 2 lit. c AHVG; Art. 18 Abs. 1 AHVV: Beiträge der Selbständigerwerbenden, periodenübergreifende Verlustverrechnung

Urteil des EVG vom 28. Dezember 2006 i. Sa. E. (H 162/05)

An der Rechtsprechung, wonach die periodenübergreifende Verlustverrechnung unzulässig ist (EVGE 1960 S. 29; zuletzt bestätigt mit Urteil Z. vom 8. Mai 2006, H 46/05), ist nach dem Wechsel von der zwei- zur einjährigen Beitragsperiode auf den 1. Januar 2001 nicht mehr festzuhalten. (Erw. 4)

Wortlaut des Urteils

Art. 5 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 2 IVG (in der bis 31. Dezember 2002 gültigen Fassung), Art. 27 und 27^{bis} Abs. 1 IVV (in der bis 31. Dezember 2002 gültigen Fassung): Gemischte Methode

Urteil des EVG vom 17. Januar 2006 i. Sa. S. (I 735/04)

Die Tätigkeit als Raumpflegerin ist nicht vergleichbar mit dem Führen eines privaten Haushalts. Letzteres beinhaltet zahlreiche Tätigkeiten, für die keine besonderen körperlichen Voraussetzungen erforderlich sind bzw. deren Anforderungen direkt von der Grösse des Haushalts und der Anzahl der Haushaltsmitglieder abhängen. Das Führen eines privaten Haushalts erlaubt zudem, die Tätigkeit an körperliche Probleme anzupassen, welche unter Umständen nicht mit den Leistungsanforderungen für die Ausübung einer ähnlichen Tätigkeit in einem beruflichen Umfeld vereinbar sind.

Wortlaut des Urteils

Art. 6 Abs. 2, Art. 9 Abs. 3, Art. 21 IVG: Erwerb der schweizerischen Staatsangehörigkeit, Anspruch auf Hilfsmittel

Urteil des EVG vom 19. September 2006 (I 142/04)

Ein Versicherter, dem als Minderjähriger ein Hilfsmittel wegen nicht erfüllter ausländerspezifischer Anspruchsvoraussetzungen verweigert wird und der später als Erwachsener die schweizerische Staatsangehörigkeit erwirbt, hat ab diesem Zeitpunkt Anspruch auf das Hilfsmittel, sofern er die für Schweizer Bürger geltenden Voraussetzungen erfüllt. BGE 108 V 63 f. Erw. 4 (vgl. auch BGE 126 V 10 unten) gilt unter der heutigen Rechtslage, insbesondere nach der Abschaffung der Versicherungsklausel, nicht mehr. (Erw. 6.3)

Wortlaut des Urteils

Art. 8 Abs. 1 IVG: Anspruch (Grundsatz)

Urteil des EVG vom 11. August 2006 (I 601/05)

Wenn eine versicherte Person ihr (nach medizinisch-theoretischer Einschätzung an sich bestehendes) funktionelles Leistungsvermögen aus Gründen, die mit dem Gesundheitsschaden zusammenhängen, auch bei zumutbarer Willensanstrengung nicht in eigener Verantwortung realisieren kann, muss geprüft werden, ob es zur Aktivierung der grundsätzlich gegebenen Arbeitsfähigkeit noch der Durchführung von - der Invalidenversicherung obliegenden - Eingliederungsmassnahmen bedarf. (Erw. 2.3.2)

[Wortlaut des Urteils](#)

Art. 21, 27, 64 IVG; Art. 92 Abs. 1 IVV, Art. 2 Abs. 4 HVI: Abgabe von Hilfsmitteln

Urteil des EVG vom 17. Oktober 2006 (I 539/06)

Preislimiten des BSV für die Abgabe von Hilfsmittel müssen so festgesetzt sein, dass sie den Hilfsmittelanspruch der versicherten Person nicht einschränken. Mit anderen Worten vermögen vom BSV festgesetzte, an sich zulässige Preislimiten den sozialversicherungsrechtlichen Leistungsanspruch nicht rechtswirksam beschränken. Die Anwendung der Preislimite darf insbesondere nicht dazu führen, dass der versicherten Person ein Hilfsmittel vorenthalten wird, das sich auf Grund ihres besonderen Eingliederungsbedürfnisses als notwendig erweist. (Erw. 4.4)

[Wortlaut des Urteils](#)